

# Briand und die französische Politik : ein Bericht

Autor(en): **Pütz, Alphonse**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **11 (1931-1932)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-157377>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Briand und die französische Politik.

### Ein Bericht.

Von Alphonse Püß, Paris.

Um das Rätsel der Präsidentschaftswahl wird man sich wohl lange noch in Frankreich den Kopf zerbrechen. Daß die Prophezeiungen der gewiegtesten Kenner zunichte wurden, daß der steife, feierliche, selbst im Senat nicht sehr beliebte Doumer schon im ersten Wahlgang um kaum sieben Stimmen die absolute Mehrheit streifte, daß die berühmten „Antennen“ des schlauesten Taktikers, den die dritte Republik aufzuweisen hat, in so kläglicher Weise versagten, stellt in der Tat ein Ereignis dar, bei dem die gewöhnlichen Deutungsformen versagen. Vielleicht hat man bis jetzt allzu sehr das rein Persönliche betont: gewiß ist es in einem Rhetorenlande wie Frankreich nicht zu unterschätzen, aber es gibt doch Wendepunkte des nationalen Lebens, wo tiefere Kräfte mit einem Male hervorbekommen und das Geschehen entscheidend bestimmen. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß es sich um eine solche, fast irrational zu nennende Rundgebung handelt: eben darum reiht sich die französische Präsidentschaftswahl vom 13. Mai 1931 in die Kette der großen weltpolitischen Ereignisse ein, deren Ringe ebenso viel Kraftzentren für die Gestaltung der Völkerschicksale darstellen. Versuchen wir, die Symptome wenigstens zu verstehen und einiges Oberflächliche festzuhalten, das vielleicht dazu verhilft, die geheim wirkenden Kräfte ahnend zu erfassen.

#### 1.

„Meine Herren, es ist nichts mehr zu machen: die Würfel sind gefallen!“ schrieb der Sozialistenführer Léon Blum einige Wochen vor der Wahl im „Populaire“. Mit einem Male wußte ganz Frankreich: Aristide Briand ist Anwärter für das Elisee, und Léon Blum ist sein Prophet. Die Wände am Quai d'Orsay haben Ohren, und Philippe Berthelot hat keinen vertrauteren Freund als den Hohepriester der 2. Internationale. Ein Feldzug von unerhörter Heftigkeit setzte sofort auf der gesamten Rechten ein. Briand, der „Landesfeind“, der „Boche“, der „verkaufte Verräter“, sollte nun seinem elenden Werk die Krone aufsetzen, als Präsident der Republik Frankreich für immer dem äußeren Feind überantworten! Man

frischte alte Kriegserinnerungen wieder auf, die geheimen Verhandlungen Briands mit v. d. Lancken über den Kopf des Ministerpräsidenten Ribot hinweg, seine Bemühungen um den Abschluß eines „weißen“ Friedens ohne Sieger noch Besiegte; führte ein böses Wort Poincarés an, erinnerte an die Januartragödie von C a n n e s, an den Briand'schen „Dolchstoß“ im Vorfrühling 1924; den Vogel aber schossen ohne jeden Zweifel die weitverbreiteten Cothblätter ab, indem sie folgende „Enthüllungen“ machten: Briands gesamtes Prestige im Innern wie im Außern beruht auf G e n f, wo man ihm wie einem Gotte Weihrauch streut; unser Nationallaster, die Eitelkeit, fühlt sich dadurch geschmeichelt, und wir betrachten Briand als unentbehrlich, ohne auch nur einen Augenblick zu bedenken, w o h e r eigentlich diese Genfer Lobeshymnen kommen. Sonst würden wir unschwer erkennen, daß sie teuer genug erkaufte sind, und zwar in erster Linie mit unserm guten G e l d e. Briand hat mit den meisten unserer Schuldner einen Handel eingegangen, wonach er ihnen die Hälfte oder gar vier Fünftel ihrer Schuld erläßt; auf seinen Druck hin geben die französischen Gerichte selber den Engländern, den Japanern, den Jugoslawen, den Türken, den Chinesen, den Rumänen, den Bulgaren recht, wenn sie uns statt Gold Papier zahlen, und dafür preisen sie in Genf Briand als den größten Mann des Erdballs. In Wirklichkeit ist Briand mit Leib und Seele der 2. Internationale ausgeliefert, die unter deutscher Führung den Untergang der konservativ-bürgerlichen Republik Frankreich beschlossen hat. Dieses Ziel hofft man im April 1932 nach den allgemeinen französischen K a m m e r w a h l e n zu erreichen. Briand als Präsident wird keinen Augenblick zögern, Léon B l u m mit der Kabinettsbildung zu betrauen, wenn, wie man erwartet, die Sozialisten als stärkste Partei ins Palais Bourbon einziehen. Die Genfer Abrüstungskonferenz wird mit Vorschlägen überrascht, die Frankreich völlig wehrlos machen, und am Ende steht die R e v i s i o n d e r V e r t r ä g e zugunsten Deutschlands, Briands höchster Traum.

Mit solchen Mitteln wurde erreicht, daß eine „Koalition der Furcht“ zustande kam, wobei der radikale Führer Eduard H e r r i o t die Vermittlerrolle spielte. Die Eitelkeit dieses hochbegabten, aber unzuverlässigen Politikers ist durch den fortgesetzten Kasperlstreit zwischen ihm und den Sozialisten in L y o n seit Jahren schwer verletzt; andere Gründe kamen hinzu, und so erhob sich die massive Gestalt des „Mannes mit der Pfeife“ in jener denkwürdigen Kammer Sitzung vom 7. Mai zu einer ebenso wuchtigen Anklagerede gegen den Außenminister Briand. Verdußt sah sich jedermann an, ohne recht zu begreifen; die Linke war vor Staunen sprachlos, die Rechte jubelte dem gestern noch so Verhassten endlosen Beifall zu. Man hatte den Eindruck, als ob das berühmte Messer, das nach einem pathetischen Herriotworte zwei Zentimeter vom französischen Herzen steckt, plötzlich einen kleinen Ruck gemacht und den Bürgermeister von Lyon selber tödlich verwundet habe. Aber das alles war nur bloßer Schein: In Wirklichkeit wurde hier

hohe Wahlstrategie getrieben, und Herriot war es darum zu tun, die zwischen dem sozialistischen Hammer und dem nationalistischen Umboß schwer bedrohte radikale Partei zu retten. Durch einen neuen *blocc national*, wenn die Rechte die erforderlichen Zugeständnisse machte; durch ein neues Kartell, wenn die Sozialisten sich einschüchtern ließen. In dem einen wie dem andern Fall war die Niederlage Briands Vorbedingung: der Mann war den Radikalen trotz allen äußern Scheins noch nie hold und gilt als der genialste Wahlmacher der dritten Republik.

## 2.

Genf hat eine Mystik, aber es hat auch eine Logik. Briand war jahrelang der „Exponent“ der Genfer Mystik: das heißt, genau so lange, wie sie für Frankreich tragbar war, ihm Vorteile ohne allzu großen Schaden brachte. Als nun aber langsam die Logik heranreifte und schließlich einige Forderungen stellte, denen man ohne Gefahr nicht länger hätte ausweichen können, zerbrach plötzlich die Mystik. Es war klar, daß etwa die paneuropäische Entwicklung schon in ihrem heutigen Stadium mit der Einstellung Frankreichs schlechthin unverträglich erschien. Was man in Genf, die Hand auf dem Herzen, beschwörend versicherte, wurde in Paris regelmäßig Lügen gestraft. Sämtliche Minister machten sich ein Vergnügen daraus, genau das Gegenteil zu tun, was in Genf beschlossen worden war. Sämtliche Wirtschaftskräfte einschließlich der allmächtigen Hochfinanz beeilten sich, die Genfer Beschlüsse in negativem Sinne zur Kenntnis zu nehmen. Das Spiel hätte eigentlich noch lange so weitergehen können, wären nicht plötzlich durch die mit elementarer Gewalt hereinbrechende Weltkrise die Figuren brutal durcheinander geworfen worden. Nach dem Scheitern der mehr als bescheidenen Zollkonvention vom 24. März 1930, das in der Hauptsache der französische Senat auf dem Gewissen hat, gab es kaum noch einen andern Ausweg mehr: die am schwersten betroffenen Nationen griffen zur Selbsthilfe. Das deutsch-österreichische Zollprotokoll vom 19. März bezeichnet in der Tat den Abschluß der rein mystischen Epoche, bildet den ersten Stein zum praktischen Neuaufbau Europas. Diese Wende der kontinentalen Geschichte hat Frankreich sofort begriffen: instinktiv faßte es den Entschluß, sich ihr mit allen Kräften zu widersetzen. Welches war dabei die Rolle Briands? — Er ist Realpolitiker genug, um einzusehen, daß der „sanitäre Gürtel“, den Frankreich der in tausend Nöten sich windenden Welt gegenüber angelegt, nicht auf die Dauer halten könne. Frankreich kann nicht ewig abseits stehen und sich damit begnügen, durch große Worte und tönende Phrasen Europa an seinen politischen Wagen zu spannen. Es muß einsehen, daß die Zugtiere allmählich erlahmen, wenn das Futter allzuschmal bemessen ist. Briand, das dürfen wir heute sagen, hätte die deutsch-österreichische Initiative als Baustein am europäischen Haus betrachtet und sie mit der Zeit in sein eigenes Werk einbezogen. Das aber fürchtete man in Frankreich aus ganzer Seele. Man war in allen

maßgebenden Kreisen fest entschlossen, seine ganze Macht, unter Umständen sogar die militärische, in die Waagschale zu werfen. Briand erschien plötzlich selbst in den Augen der Mitte, ja der Linken als ein gefährlicher Abenteurer, dem auf diesen Wegen nicht zu trauen sei. So zwang man ihn zu einem „Verboten“ im poincaristischen Sinne und belud ihn mit einem „imperativen Mandat“, das in Wirklichkeit sein eigenes Todesurteil war. Damit sich Europa über die wahre Bedeutung dieser Politik nicht täusche, fügte man Briand die Versailler Demütigung zu: die Tardieu nahestehende Wochenschrift „Gringoire“ enthüllt, sämtliche Minister bis auf drei hätten gegen Briand gestimmt. Mit der eigentlichen Ausführung aber war der Senat betraut, dem von jeher die Sorge um „Frankreichs Seele“ obliegt. 100 Radikale des Luxembourg gaben ihre Stimme für Doumer ab, den Kandidaten der gesamten Reaktion. . .

## 3.

Nachdem nun aber die Schlacht siegreich beendet war, erinnerte man sich an den berühmten Rat einer Königin-Mutter: „Gut getrennt, mein Sohn, es handelt sich jetzt darum, wieder zusammenzunähen.“ Man kennt in Frankreich ausgezeichnet den außenpolitischen Wert Briands und weiß, wie er, populär gesprochen, ausgemünzt werden kann. Die gleichen Leute, die den Außenminister bis aufs Messer bekämpft hatten, setzten jetzt das Letzte dran, den Geschlagenen zur Genfer Reise zu bewegen. Sogar sein alter Gegner Doumergue gab ihm zu verstehen, Frankreich habe nie seine Besten ins Ellysée schicken wollen, und es sei Briands Pflicht, seinem Lande weiter zu dienen. Jedermann wußte: Briand ist unter den gegenwärtigen Umständen der einzige Mann, der in Genf nicht isoliert stehen wird; dem es sogar gelingen kann, die gesamte Front wieder herzustellen, wenn nicht um sein Land, so doch um seine Person, was schließlich das gleiche bedeutet. Der Fischer von Cocherel, dem die Lobsprüche wie Balsam in seine Wunde fielen — er ist für Schmeicheleien fast noch empfindlicher als für Kritik —, ließ sich dazu bewegen, als „entlassener Außenminister“ von seinem geliebten Europa-Ausschuß in Genf Abschied zu nehmen. Und nun begann eine jener großangelegten Intrigen, die in ihrer grandiosen Tragikomik an gewisse italienische Buffospiele erinnern. Dem englischen Außenminister Henderson war mehr als jedem andern Politiker aus persönlichen Gründen daran gelegen, Briand unter allen Umständen sich und Genf zu erhalten. Er gestattete ihm also die sofortige Erfüllung des „imperativen Mandats“ in der Anschlußfrage, und Briand beeilte sich, schon in der Freitagssitzung des europäischen Ausschusses sein „Verboten“ auszusprechen: unzeitig und am falschen Ort, aber es mußte gleich ein Sieg nach Paris gemeldet werden. Die Angriffe ließen denn auch ein wenig nach, ohne völlig zu verstummen: gar Manches blieb ja noch zu erreichen. Drei Tage später begann die politische Schlacht vor dem Rat des Völkerbundes, wo diesmal Dr. Curtius selber den Vorsitz führte. Das Terrain

war ausgezeichnet vorbereitet worden, in erster Linie auf dem am meisten gefährdeten österreichischen Flügel. Dabei muß gesagt werden: Briand hatte sich gewissermaßen von seinen nächsten Mitarbeitern in Genf manövrieren lassen, denn man hat Gründe zur Annahme, daß er nicht von vornherein mit einer solchen Behandlung des unglücklichen Landes einverstanden war. Als Dr. Schober vor dem europäischen Ausschuss den bekannten dramatischen Notschrei hören ließ, äußerte sich Briand in privatem Kreise: „Wir haben keinen Grund, besonders stolz zu sein.“ Wer verstehen wollte, verstand sofort. Denn jedermann wußte um die Vorgänge in Wien, um den Druck, den gewisse offiziöse Pariser Finanzinstitute ausgeübt, um die Arbeit des französischen Gesandten in Wien, der längst über den Zusammenbruch der Kreditbank unterrichtet war. Genug: der Zusammenbruch erfolgte auf die Minute genau zur festgesetzten Zeit, und das gequälte Land mußte, um nur einen Centime Kredit zu erhalten, das unerhörte Versprechen abgeben, mit allen Ländern zu verhandeln, außer mit Deutschland! Damit noch nicht genug, schlug das französische Mitglied des Unterausschusses, der sich mit dem berühmten „Wiederaufbauplan“ Briands befaßte, allen Ernstes vor, Österreich einen neuen Vormund zu geben, nachdem man sich eben noch mit solcher Überzeugung für die „Unabhängigkeit“ des Landes eingesetzt. Immer hatte man den Eindruck, daß Briand dem Fischertnaben glich, der halb gezogen wurde, halb von selber hinsank: die äußerste Geschicklichkeit der französischen Politik bestand darin, mit jedem Tage erneut die Unmöglichkeit eines Verbleibens Briands am Quai d'Orsay zu betonen, wodurch besonders Henderson, aber auch der italienische Außenminister Grandi zu immer neuen Konzessionen veranlaßt wurden. Allerdings: Sobald es sich um eigene Interesse handelte, wollten die Italiener von irgendwelchen Zugeständnissen nichts wissen. Trotz heißen Bemühens, die günstige Stellung auch in der Flottenfrage auszunützen, mußte die französische Vertretung mit leeren Händen von Genf abreisen. In dieser Hinsicht hat Frankreich seine Lage nicht verbessert, sondern eher verschlechtert, aber der Leidtragende ist dabei England, das nach der Veröffentlichung des neuen französischen Flottenplanes allen Ernstes an die gefürchtete Schutzklausel denken muß.

## 4.

Es stellt sich nun die Frage: Wielange wird diese merkwürdige, aber sehr einträgliche Politik noch weiterdauern?

Nach den letzten Meldungen heißt es, Briand habe sich von Laval und den beiden Präsidenten der Republik sanfte Gewalt antun lassen und sei entschlossen, das im ersten Zorn hingeworfene Portefeuille wieder aufzunehmen. In wenigen Tagen tritt das Parlament zur Sommersitzung zusammen, doch ist eine Klärung der mehr als verworrenen Lage vorerst nicht zu erwarten. Denn eigentlich besitzt Frankreich überhaupt keine richtige Regierung mehr, da Herr Laval zum Amtsantritt Doumers am 13. Juni

die Entlassung des Gesamtkabinetts einreichen muß; zwar wird er wie immer in solchen Fällen gebeten, die laufenden Geschäfte weiterzuführen, und schließlich auch mit der „Neubildung“ seiner Regierung beauftragt, doch ist ihm dabei volle Freiheit gelassen, und es erscheint sehr wohl möglich, daß er auf diese oder jene Mitarbeiterschaft verzichtet. Im Besonderen hätte *B r i a n d* dann eine viel günstigere Gelegenheit, den „Pilgerstab“ zu ergreifen, von dem er in Genf sprach, und er wäre nicht mehr in der lächerlichen Rolle des enttäuschten Liebhabers, zumal offenkundig das Doppelspiel der französischen Außenpolitik nicht ewig währen kann. Hervorragende Franzosen selber beginnen einzusehen, daß letzten Endes Frankreich dabei am meisten verlieren muß: in dem Augenblicke nämlich, wo die Macht der Ereignisse stärker wird als alles andere. Frankreich könnte dann die Erfahrung machen, daß es den Anschluß an Europa verloren hat, und davon lieferten ihm ohne Zweifel gewisse Ereignisse in Genf einen leisen Vorgeschmack. Mit größter Sorge haben nämlich seine Politiker die Bestrebungen Italiens verfolgt, das Verhältnis Roms zu gewissen Ländern der Kleinen Entente auf eine durchaus neue Grundlage zu stellen. Die italienischen Diplomaten haben dabei den Beweis erbracht, daß es zwar große und dauernde Gesetze sind, die das politische Geschehen regeln, daß jedoch die Modalitäten und Ausführungsformen dieser Gesetze sehr verschieden sein können. Vielleicht gelingt es Frankreich wirklich, infolge stärksten Druckes politischer und finanzieller Natur, die deutsch-österreichische Gemeinschaft wenigstens zeitweilig zu hintertreiben: in demselben Augenblicke jedoch, wo seine Politik diesen Triumph verzeichnet, erstehen im Osten und Südosten Europas ganz neue Gebilde, die den berühmten, hinter Frankreich herwallenden „Zug der Verbündeten“ merklich lockern. Andererseits macht ihm ein politisches Ereignis große Sorge, das man sonstwo mit allerdings wohl übertriebenen Hoffnungen erwartet: Die deutsch-englische Ministerbesprechung in *C h e q u e r s*. Von diesem englischen Landsitz hat man in Paris eine sehr unangenehme Erinnerung behalten: *H e r r i o t* soll dort zwischen zwei Zügen aus seiner Brühdepfeife die Ruhr und den Rhein vorzeitig preisgegeben haben. *Nomen est omen*. Wenn schon eine „europäische Schicksalsgemeinschaft“ nicht zu vermeiden ist — man ließe es hier am liebsten bei dem bloßen *W o r t e* bewenden —, so darf doch keine andere Macht als Frankreich dabei die Führung übernehmen. *Chequers* ist vorderhand das stärkste Argument, warum Frankreich aus seiner Isolierung heraustreten muß. Es wird versuchen, auch diese Initiative in ein ihm günstiges Fahrwasser zu leiten. Dazu erscheint kein Politiker geeigneter als eben *Aristide B r i a n d*.

## 5.

Frankreichs innerstes Gesetz ist gegenwärtig das der *B e h a r r u n g*. Es weiß sich gegen die Weltwirtschaftskrise aus Gründen, die bekannt sein dürften, in hohem Maße geschützt, ermißt jedenfalls die Gefahren, die ihm

daraus erwachsen können, als nahezu belanglos gegenüber den Opfern, die es einer europäischen Gemeinschaft im wahren Sinne des Wortes bringen müßte. Es wehrt sich daher aus allen Kräften dagegen, in den ungeheuren Wirbel hineingeschleudert zu werden: anderseits jedoch erhebt es den Anspruch, aus dem Wirbel selber Nutzen zu ziehen, ihm jedenfalls *seine* Gesetze vorzuschreiben. Poincaré war der Ausdruck des einen, Briand der des andern Bestrebens. Der „lothringische Fürst“ ist wohl endgültig von der Bühne abgetreten: aber er hat nahezu vollwertige Nachfolger gefunden. Der Fischer von Cocherel steht augenblicklich noch als unschlüssiger Hamlet da: entscheidet er sich für das „Nichtsein“ — wenn auch erst in absehbarer Frist —, so muß dies als ein Zeichen gedeutet werden, daß Frankreich die gleiche Politik mit ganz andern Mitteln zu verfolgen entschlossen ist.

## Der Balkan im europäischen Wirtschaftssystem.

Von Gerhard Schacher, Berlin.

Immer deutlicher rückt Südosteuropa in den Mittelpunkt allgemeinen Interesses; immer mehr wird besonders das Balkanproblem zu einer europäischen Angelegenheit erster Ordnung. Die Gründe hierfür liegen gleichzeitig auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet; aber die Tatsache, daß zu den politischen Fragen, die der Balkan den mittel- und westeuropäischen Staaten schon seit Jahrhunderten immer wieder aufgegeben hat, neuerdings und in engem Zusammenhange mit der politischen Neugestaltung des Südostens auf der einen, der Weltwirtschaftskrise auf der anderen Seite auch das große Wirtschaftsproblem einer *neuen* Erschließung der Südsländer getreten ist, sichert diesen Fragen ein so allgemeines Interesse. Balkanprobleme stehen heute fast hinter allen großen politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen. Der gute Beobachter entdeckt sie, wenn er den Gang der großen europäischen Getreidekonferenzen verfolgt, er findet sie wieder als einen der wichtigsten Gegenstände der Auseinandersetzungen über den Aufbau internationaler Realkreditinstitute, bei den Abrüstungsverhandlungen und nicht zuletzt bei der Einleitung der deutsch-österreichischen Zollunion. Ja, man geht nicht zu weit, wenn man den Standpunkt vertritt, daß es geradezu unmöglich ist, die europäische Politik der letzten beiden Jahre richtig zu verstehen, sofern man nicht Klarheit über die besondere Bedeutung der aktuellen Balkanprobleme gewonnen hat.